

**JU**JUNGE UNION
NIEDERSACHSEN**Landesgeschäftsstelle**

Junge Union Niedersachsen • Hindenburgstraße 30 • 30175 Hannover

An die Pressevertreter

Landesgeschäftsstelle:
Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover
Tel.: 0511/2 79 91-41
Fax: 0511/2 79 9199-41
info@ju-niedersachsen.de
www.ju-niedersachsen.de

17. November 2014

POSITIONSPAPIER DER JU NIEDERSACHSEN**Ärzte flexibler, Apotheker mobiler, Ausbildung attraktiver!****Thesenpapier der Jungen Union Niedersachsen zur Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum**

von Benjamin Müller, Marius Keite und Theis Müller

Niedersachsen ist in Deutschland ein klassisches Flächenbundesland. Abgesehen von den neuen Bundesländern ist die Bevölkerungsdichte in keinem anderen Bundesland so gering und die Entfernungen im Durchschnitt so groß. Dies stellt uns in Niedersachsen vor besondere Herausforderungen hinsichtlich der Infrastruktur, vor allem in ländlich geprägten, sehr dünn besiedelten Gebieten. Jedoch sind mit „Infrastruktur“ nicht nur Straßen und andere kommunalentwicklungspolitische Belange gemeint, sondern auch ein noch höheres Gut, die Gesundheitsversorgung.

Jeder kennt das Problem aus den Medien: In Deutschland herrscht Mangel an Gesundheitsversorgung. Besonders in ländlichen Gebieten verschlechtert sich die Versorgung zunehmend. Durch Landflucht bedingt nimmt das Angebot an Ärzten, Apothekern und Pflegefachkräften sogar überproportional zur Patienten- und Einwohnerzahl ab. Um ländlichen Gebieten jedoch Zukunftsperspektiven aufzeigen zu können, ist eine intakte Gesundheitsversorgung von zentraler Bedeutung. Niemand möchte in Regionen leben, wo im Notfall ärztliche Hilfe nur mit Verzögerungen zu erlangen ist oder auch ein regulärer Arztbesuch nicht möglich ist, ohne in eine andere Stadt oder Gemeinde fahren zu müssen.

Es bedarf eines Anreizsystems, dass die „Nachteile“ einer Tätigkeit im ländlichen Raum zu kompensiert, wie beispielsweise das Überwinden größerer Wegstrecken.

Die Junge Union Niedersachsen fordert:

1. Eine leistungsgerechte Bezahlung nach dem Versorgungsstrukturgesetz. Denn wer in weniger besiedelten Gebieten Hausbesuche machen muss, hat einen größeren Aufwand als ein Kollege in Ballungsräumen. Das Gesetz sollte daher um die Möglichkeit eines Koeffizienten, der in der Abrechnung an die Größe der jeweiligen Kommune anknüpft, weiterentwickelt werden.
2. Zudem muss es zur Vereinfachung der Versorgung aller Einwohner in dünn besiedelten Gebieten möglich werden, einzelne Aufgaben an Assistenzpersonal zu übertragen, wie etwa die Kontrolle, ob Medikamente richtig eingenommen werden. So würde ein Beitrag geleistet, dass der Landarzt mehr Zeit für andere Patienten hätte und mehr Patienten versorgen

könnte. Weiterhin müssen sich die Ärzte und Apotheker den veränderten Mobilitätsanforderungen stellen und fallbezogen eine höhere Bereitschaft zur aufsuchenden Patientenbehandlung erbringen. Diesbezüglich sollten auch mobile Versorgungssysteme von der öffentlichen Hand stärker gefördert werden.

3. In Anbetracht zunehmender Digitalisierung in verschiedenen Lebensbereichen darf es kein Tabu sein, die Telemedizin stärker einzusetzen. Es sind verantwortungsvolle Lösungen zu finden, die dort, wo die physische Anwesenheit von medizinischem Personal nicht zwingend erforderlich ist, weitere Anwendungsmöglichkeiten eröffnen. Zu einer besseren Vernetzung der im Gesundheitssystem agierenden Personen ist daher die eHealth-Gesetzgebung auf Bundesebene zu fokussieren und hierbei insbesondere die elektronische Gesundheitskarte als personenbezogenes Informationsmedium schnellstmöglich zu etablieren.

4. Auch muss die Zugangsvoraussetzung zum Medizinstudium überdacht werden. In der Regel ist die Abiturnote maßgeblich für den Zugang. Typischerweise sind herausragende Ergebnisse notwendig, um sofortigen Zugang zum Studium erhalten zu können. Es gibt jedoch viele Aspekte, die einen guten Arzt ausmachen, die in der Schule keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen. Deshalb fordert die Junge Union Niedersachsen, dass neben der Abiturnote verstärkt auf fachspezifische Zugangsvoraussetzungen wie maßgeschneiderte Zugangstests und Vorqualifikationen zurückgegriffen wird. Diese müssen eine höhere Bedeutung für die Zugangsmöglichkeiten zum Studium erhalten. Zudem muss der Zugang stärker vereinheitlicht werden, damit Studienbewerber nicht an jeder Universität unterschiedliche Situationen vorfinden.

5. Weiterhin müssen trotz der hohen Kosten in moderatem Maße mehr Studienplätze für Medizinstudenten geschaffen werden. Viele junge Menschen möchten Mediziner werden, ihnen sollte dieser Weg jedoch nicht durch unnötig hohe Hürden verschlossen bleiben.

6. Zudem spricht sich die Junge Union Niedersachsen dafür aus, dass Anreize geschaffen werden, sich auf dem Land niederzulassen. Ein besonderer Anreiz können Stipendien sein, die vergeben werden, sofern sich der Stipendiat verpflichtet, im Anschluss an sein Studium für einen begrenzten Zeitraum in ländlich geprägten Regionen tätig zu sein.

7. Eine weitere Möglichkeit ist es, Vergünstigungen oder Starthilfen für Ärzte und Apotheker, die sich im ländlichen Raum als Selbstständige niederlassen wollen, zu schaffen. Denkbar ist etwa das Bereitstellen von kostenlosen/-günstigen Darlehen oder die Unterstützung bei der Auswahl und Einrichtung von geeigneten Räumen.

8. Im Bereich der Pflege ist eine Betrachtung der Kostenstruktur zwischen den städtischen Ballungszentren und ländlichen Räumen vorzunehmen, da sowohl Wegstrecken als auch Belegungszahlen und Verweildauern stark divergent sind. Insbesondere für Pflegeeinrichtungen im ländlichen Raum sind gesonderte Netzwerkstrukturen zu schaffen. Vor dem Hintergrund der Verhandlungen über das Pflegebudget werden die durchschnittlichen Verweildauern als ein Parameter zugrunde gelegt. In der stationären Altenpflege sind diese im städtischen Bereich durchschnittlich siebenmal so hoch, wie in ländlichen Regionen.

Es bedarf besonderer Anstrengungen, die medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten sicherzustellen. Die Junge Union Niedersachsen fordert, diese Herausforderung unter den genannten Aspekten anzugehen, um der Verantwortung der Gesundheitsfürsorge in ländlich geprägten Regionen hinreichend gerecht zu werden.